

5. APR. 1965

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XX/63

Bonn, den 4. April 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----		-----
1 - 2	"Inzwischen qualmt die Zigarre weiter ..." ----- Die Tragik eines noch amtierenden Kanzlers Von * * *	91
3 - 4	28 Ärzte in Köln heissen Müller ... ----- Ärzte sollen im Telefonbuch leichter und schneller gefunden werden können Von Dr. Richard Tamblé, MdB.	63
4	Koordinierung erforderlich ----- Kann in Ludwigsburg rationeller gearbeitet werden ?	24
5	Die Gretchenfrage ----- Wie steht es mit den Subventionen, Herr Bundesfinanzminister ?	40
6	Tauziehen um den Sitz der UNO-Welthandelsorganisation ----- Teilung der Sekretariate vorgesehen - Manhattan und Genf Von Pierre Simonitsch, Genf	44

"Inzwischen qualmt die Zigarre weiter ..."

Die Tragik eines noch amtierenden Kanzlers

Von * * *

"Das Parteivolk atmete auf"

* Sie lächelten und reichten einander die Hände, sooft ein Foto- *
* reporter auftauchte, aber jedermann sah, dass es sich um *
* Pflichtübungen handelte. Im übrigen blickten sie stumm in ver- *
* schiedene Richtungen, etwas verbissen der eine, der andere *
* verbittert und mit einem Anflug von Trotz. Ludwig Erhard aller- *
* dings liess sich's nicht ganz verdriessen: Zum Abschluss des *
* Parteitages rühmte er seinen Vorgänger Konrad Adenauer - "den *
* um Deutschland hochverdienten Staatsmann" -, und das Partei- *
* volk atmete auf." (KÖLNISCHE RUNDSCHAU, 1.4.1965, *
* der CDU nahestehend) *

* * *

Viele Deutsche dürften sich in den vergangenen Wochen gefragt haben, wo denn wohl der "energiegeladene, einfallsreiche und weit vorausschauende" Bundeskanzler Professor Ludwig Erhard abgeblieben sein mag. Man sah ihn zwar des öfteren im Fernsehen, konnte sich jedoch nicht des Eindrucks erwehren, als sei ihm doch recht unbehaglich zumute.

Dass Erhard nicht mehr "Wahllokomotive" ist, weiss er nur zu gut. Spätestens hat er es gemerkt, als Herr Dufhues auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf den Bundeskanzler unverblümt aufforderte, er solle für eine Wachaflösung der verbrauchten CDU-Spitzen Sorge tragen. Ärgerlich verzog Erhard das Gesicht und qualmte vor sich hin. Natürlich weiss er, dass die CDU/CSU ihn jetzt nicht abkoppeln wird, da ein Auswechseln der "Lokomotive" kurz vor dem Endspurt den Wahlfahrplan der Regierungsparteien vollends durcheinander bringen würde. Das ist ein für Erhard schwacher Trost, aber immerhin ein Trost.

Die Tragik Erhards besteht in der Tatsache - und das ist die Antwort auf viele Fragen vieler Bürger unseres Landes -, dass dieser Mann stets für etwas gehalten wurde, was er nicht ist - für ein Universalgenie. Auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf war das besonders spürbar.

Wer Erhard kennt und jemals mit ihm zusammengearbeitet hat, weiss, dass er immer zu Entscheidungen gedrängt werden musste oder Entscheidungen nur dann traf, wenn diese überreif waren.

* * *

In früheren Jahren, als Adenauer ihn mehrfach öffentlich abkanzelte, hat Erhard nie den Mut gefunden, sich kraftvoll zur Wehr zu setzen. Damals erhielt er sogar von seinen Freunden den Beiramen "Gummilöwe".

Erhards Kanzlerweg ist ein innen- und aussenpolitischer Slanglauf ohne Ziel. Erst gab er sich als "Masshalte-Kanzler" mit Beschwörungen an falsche Adressen. Dann wurde er "Eiserner Kanzler" mit Attacken gegen Kriegsoffer. Etwas später entwickelte er sich zum "Postsparrer" mit komischen Telefongebühren-Dispositionen. Alles das tat der Bundeskanzler mit viel Schwung und Qualm. Sobald er jedoch in die Zange genommen wurde, machte er einen Rückzieher und billigte das, was er kurz vorher als

"unmöglich" bezeichnet hatte.

Aussenpolitisch hat derselbe Bundeskanzler nach jeder Auslandsreise verkündet, er sei sich mit seinem jeweiligen Gesprächspartner "in den wesentlichen Punkten einig"; mit Johnson und mit de Gaulle, mit asiatischen und mit afrikanischen Staatsoberhäuptern. Als Rechnungen auf den Tisch gelegt wurden, klappte es nicht mehr. Dann wollte Erhard Nikita Chruschtschow als Besucher haben und - etwas später - dessen Nachfolger Kossygin. Der mit viel Optimismus verkündeten Einladung an den Kremlchef erfolgte die ebenso kalte Absage auf dem Umweg über Leipzig.

Deutschland-Initiative? - Erhard redet seit vielen Monaten davon, nur w e l c h e Deutschland-Initiative er will, das sagt er nicht.

Europa-Initiative? Dito!

Osthandel? Keine Kredite über fünf Jahre, kommt gar nicht in Frage! Freu steht die Wacht am Rhein!

Aber als Leipzig zeigte - was alle Welt schon lange v o r h e r wusste -, dass andere schon längst im Ost-West-Handel mit langfristigen Krediten operierten, beschloss Erhards Kabinett, sich anzuhängen und nunmehr Kredite bis zu acht Jahren Laufzeit zu gewähren.

De Gaulle fordert die Umstellung der Dollarbasis für den Welthandel auf Goldbasis. Erhard reagiert mit flauen Redensarten oder schickt andere vor. Ergebnis: Amerikanische Geschäftsleute verkaufen ihre deutschen Aktien, weil sie bis jetzt offiziell nicht wissen, wie Bonn schliesslich auf de Gaulles Vorschlag reagieren wird.

* * *

Und so kommt eines zum anderen: Die Unentschlossenheit gegenüber dem Problem der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel. Die Unentschlossenheit im Verhältnis zu Nassar.

Die zunächst leise geäußerte Zustimmung zur verlängerten Verjährungsfrist für Nazi-Verbrechen, aber dann das Schweigen im Bundestag, als es darauf ankam, die Meinung des Regierungschefs zu sagen. Die schwankende Rücksichtnahme auf Koalitionspartner. Ein früheres hartes NEIN gegenüber Strauss, jetzt ein langsames Heranrobben an den Mann, der erwiesenermassen den Bundestag belogen hat.

In der Zwischenzeit qualmt die Zigarre weiter, sie qualmt und qualmt, während um den Qualm herum blauer Dunst entsteht.

* * *

Wenn es sich bei dem "Fall Erhard" nur um die notwendige Feststellung handeln würde, dass dieser Bundeskanzler nicht r e g i e r e n kann, sollte man es dabei belassen.

In der Zeit seiner Kanzlertätigkeit hat sich jedoch einiges in der Welt verändert. Es hat sich gezeigt, dass die Bundesrepublik Deutschland keineswegs in der ganzen Welt das Ansehen genießt, das die derzeitige schwache Regierung gern wahrhaben will. Es hat sich gezeigt, dass die abgenutzten Spitzen des Staates mit den Problemen einfach nicht fertig werden, vor die sie gestellt sind. Es ist deutlich geworden, dass mangelnde Fähigkeit zur politischen Führung, verbunden mit einem latent schlechten Gewissen, nicht nur dieser Regierung, sondern dem deutschen Volk schadet. - Deshalb ist der "Fall Erhard" kein Grund zum Frohlocken. Es wird viel Kraft und Umsicht notwendig sein, um aus der Sackgasse herauszukommen, in welche die deutsche Politik durch Erhard und seine politischen Freunde hineinmanövriert wurde. + + +

28 Ärzte in Köln heißen Müller ...

Ärzte sollen im Telefonbuch leichter und schneller
gefunden werden können

Von Dr. Richard Tamblé, MdB

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag mehrerer Abgeordneter aller Fraktionen "durch Verwaltungsmaßnahmen sicherzustellen, daß in den Amtlichen Fernsprechbüchern die Namen aller niedergelassenen Ärzte in geeigneter Weise drucktechnisch hervorgehoben werden", einstimmig gebilligt. Damit dürfte diesem berechtigten gesundheitspolitischen Anliegen die Grundlage gegeben sein für eine Regelung, die dem Patienten das Auffinden eines Arztes im Telefonbuch, vor allem in Eil- und Notfällen, erleichtert.

Um den Umfang der Fernsprechbücher in Grenzen zu halten, war die Bundespost seit Jahren dazu übergegangen, bei mehreren untereinander aufgeführten Eintragungen mit dem gleichen Namen nur den ersten Namen in Fettdruck auszuschreiben und in den folgenden Einträgen durch einen Bindestrich als Wiederholungszeichen zu ersetzen. Ausgenommen hiervon waren nur handelsgerichtlich eingetragene Firmen.

- * Aber allein in Köln gibt es 1 153 Telefonanschlüsse unter dem Namen "Müller", davon 24 Ärzte und 4 Zahnärzte, ferner 928 Anschlüsse des Namens "Schmitz", darunter 18 Ärzte und 4 Zahnärzte. Der Vorschlag der Bundesärztekammer, auch die Eintragungen aller niedergelassenen Ärzte auszuschreiben, hat seinerzeit im Bundespostministerium kein Verständnis gefunden.

Die Begründung des Bundespostministers in der Fragestunde des Bundestages, wenn ein Gasofen explodiere, sei "das Auffinden der Fernsprechnummer eines Installateurs unter Umständen so wichtig wie der Anruf eines Arztes bei einem Herzinfarkt", spricht für sich. Aber auch das Bundesgesundheitsministerium hat sich bei der Diskussion um das Thema nicht zu Wort gemeldet. Aber das wundert ohnehin niemanden.

Das Bindestrich-System hat nicht nur bei den Ärzten Kritik gefunden, denn die Bundespost ist bereits wieder davon abgegangen. Bei Neuauflagen der Amtlichen Fernsprechbücher werden alle Namen wieder ausgeschrieben und fettgedruckt. Der Vorschlag der Bundesärztekammer ist damit überholt.

Bei der Beratung des Antrages in den Bundestagsausschüssen für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen und für Gesundheitswesen wurde empfohlen, eine "Ärztetafel" einzuführen. Ohne das Ergebnis des federführenden Ausschusses abzuwarten, hat das Bundespostministerium mit Erlass vom 15. Oktober 1964 die Eintragungen der Arztnamen neu geregelt. Danach können sich Ärzte entweder unter dem Stichwort "Ärzte" oder unter ihrem Familiennamen oder an beiden Stellen eintragen lassen. Bei doppelter Eintragung müssen für eine Rubrik Gebühren entrichtet werden, was keine Verbesserung darstellt.

Nach dem Votum des Bundestages sollten zwischen der Bundespost und den Ärztekammern neue Besprechungen aufgenommen werden. Dabei sollte man sich auch über diesen Vorschlag unterhalten. Nur eine lückenlose

Ärztetafel erfüllt ihren Zweck: wenn sie die Namen aller niedergelassenen Ärzte mit Unterrubriken für die einzelnen Fachrichtungen enthält. Als Sonderstichworte kommen etwa in Frage: prakt. Ärzte, Fachärzte für Chirurgie, Augenkrankheiten, Zahnärzte und Tierärzte.

Neben dieser Haupteintragung sollte den Ärzten auf Wunsch eine gebührenpflichtige Nebeneintragung unter ihrem Namen gestattet sein. Hierzu müßten die Ärztekammern ihre Zustimmung geben, wie sie auch der Post die Unterlagen für die "Ärztetafel" zur Verfügung stellen müßten. Diese Regelung dürfte sich in kürzester Zeit eingespielt haben. In der Schweiz und in Österreich wird bereits entsprechend verfahren und zwar mit bestem Erfolg. Eine Neuregelung sollte wenigstens für den deutschsprechenden Teil Europas einheitlich sein. Selbstverständlich muß gewährleistet sein, daß die Neuregelung in die örtlichen, nichtamtlichen Fernsprechkbücher übernommen wird.

Der Bund, die Länder und die Gemeinden werden voraussichtlich bald daran gehen, den Unfallrettungsdienst auszubauen. Die SPD hat bekanntlich im Bundestag einen entsprechenden Vorstoß unternommen. Aber zunächst sollte man bei der Post jetzt so schnell wie möglich dafür sorgen, daß Ärzte in den Telefonbüchern leicht und schnell gefunden werden können.

+ + +

Koordinierung erforderlich

Kann in Ludwigsburg rationeller gearbeitet werden ?

so - Nachdem der Bundestag mit großer Mehrheit die Verlängerung der Verjährungsfrist für die Verfolgung von NS-Mördern beschlossen hat, erhebt sich die Frage, wie die Zeit bis dahin wirkungsvoller ausgenutzt werden kann. An der Spitze der Forderungen zahlreicher Fachleute steht die Anregung zur Reorganisation der Ludwigsburger Zentralstelle, die bisher zu schwach besetzt war, um den an sie gestellten Anforderungen vollauf zu genügen. Bis Ende 1964 waren in Ludwigsburg nur zehn Staatsanwälte tätig. Nach Meinung von Experten gibt es jedoch in den Bundesländern etwa 110 bis 120 weitere Staatsanwälte, die ebenfalls mit der Verfolgung von NS-Verbrechen befaßt sind, ohne daß es bisher gelungen ist, eine tatsächliche Koordination ihrer Tätigkeit herbeizuführen. Aus diesem Grunde wird nunmehr erwogen, für den speziellen Fall der Verfolgung von Nazi-Verbrechen den Generalstaatsanwälten der einzelnen Justizverwaltungsbereiche die Möglichkeit zu bieten, die unter ihnen arbeitenden Staatsanwälte bei einer Zentralstelle - eventuell Ludwigsburg - zusammenzuführen und dort die Voruntersuchungen abzuschließen. Es würde sich hierbei um eine Zweckmaßnahme handeln, die keineswegs den föderativen Aufbau des Justizwesens beeinträchtigen müßte, da das Ergebnis der zentral geführten Voruntersuchungen nach dem Abschluß jeweils wieder an die zuständigen Generalstaatsanwaltschaften zur Verfahrenseröffnung überwiesen werden könnte.

Ob dieser oder ein ähnlicher Vorschlag realisierbar ist, wäre zu prüfen. Auf jeden Fall sollte alles getan werden, um die relativ kurze Zeit von fünf Jahren richtig auszunutzen zu können.

+ + +

Die Gretchenfrage

Wie steht es mit den Subventionen,
Herr Bundesfinanzminister?

It - Auf dem Parteitag der FDP in Frankfurt/Main hat der Bundesfinanzminister erneut die These seiner Partei vertreten, dass die wachsende Umverteilungsfunktion des Staates, vor allem im Bereich des sogenannten Sozialkonsums, abzulehnen sei. Er sprach dabei vom "Missbrauch, der zunehmend mit den Staatshaushalten als grosser Drehscheibe für die Umverteilung von Einkommen und Vermögen getrieben wird." Nach Auffassung des FDP-Ministers sei es besser, dem Bürger die Mittel zur Selbsthilfe gleich zu belassen, statt sie ihm in Form von Steuern zunächst wegzunehmen, um sie ihm nachher auf Umwegen wieder zu schenken.

Überdenkt man diese Sätze des FDP-Ministers, so müssten er und seine Partei konsequenterweise nicht nur für Steuersenkungen, sondern auch gegen Subventionen sein. Die Summe der finanziellen Hilfen im Bundeshaushalt sowie der Steuer- und Zinsbegünstigungen wurde im letzten offiziellen Bericht an das Parlament für 1961 mit 18,2 Milliarden DM angegeben. Seitdem ist ein Abbau der Subventionen nicht erkennbar, so dass sich die Frage stellt, hat der Bundesfinanzminister ihn nicht gewollt oder sich im Koalitionskabinett nicht durchsetzen können?

Jedenfalls hat der Bundesfinanzminister noch nicht einmal den Auftrag des Parlaments erfüllt, wonach im Rahmen eines Dreijahresüberblickes über die voraussichtliche Entwicklung des Bundeshaushaltes auch die Möglichkeiten zum Abbau von Subventionen behandelt werden sollten. Dieser Auftrag an die Bundesregierung kam aufgrund einer SPD-Entschiessung zum Haushaltsgesetz 1963 zustande.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat jetzt durch eine Kleine Anfrage das Thema Subventionen wieder ins Gespräch gebracht, damit sich der Bundesfinanzminister im Bundestag äussern muss. Der Bundesfinanzminister wird aber nicht, wie auf dem FDP-Parteitag, unverbindliche Reden halten können, sondern er wird sich präzise zu folgenden Fragen äussern müssen:

- * Wie hoch ist heute die Summe der Subventionen im Bundeshaushalt und warum hat die Bundesregierung es versäumt, das Parlament seit dem Finanzbericht 1962 darüber zu unterrichten?
- * Welche Massnahmen hat die Bundesregierung bis jetzt zum Abbau von Subventionen ergriffen?
- * Was soll künftig zum Abbau von Subventionen getan werden?
- * Warum ist die Bundesregierung dem Parlamentsauftrag vom 15. Mai 1963 nicht nachgekommen, über Möglichkeiten zum Abbau von Subventionen zu berichten?

Tauziehen um den Sitz der UNO-Welthandelsorganisation

Teilung der Sekretariate vorgesehen - Manhattan und Genf

Von Pierre Simonitsch, Genf

Als im vergangenen Sommer anlässlich der Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung die Gründung einer Welthandelsorganisation beschlossen wurde, reichte die Zeit nicht mehr aus, auch den künftigen Sitz dieser Körperschaft zu bestimmen. So begann das Tauziehen hinter den Kulissen der UNO-Generalversammlung in New York. Die meisten westlichen Industriestaaten schlugen New York vor, die Länder der "Dritten Welt" waren für Genf. Nach und nach kamen andere Städte ins Gespräch; vor allem London, Wien und Rom.

London und Wien abgelehnt

Für London sprach der Umstand, dass dort bereits die Büros mehrerer internationaler Rohstoffabkommen - über Zucker, Kaffee, Zinn usw. - etabliert sind. Aber die Entwicklungsländer lehnten die britische Hauptstadt aus den gleichen Gründen ab, die sie gegen New York ins Feld führen: Der Sitz der Organisation soll in einem n e u t r a l e n Staat liegen, in dem es unter der Bevölkerung keinerlei Rassenurteile gibt. Der Vorschlag, Wien zum Hauptquartier zu wählen, wurde von den Ostblockstaaten unterstützt. Mehrere Entwicklungsländer machten jedoch geltend, dass sie in Wien keine diplomatischen Vertretungen unterhalten und auch aus sprachlichen Gründen Genf vorziehen würden. Inoffizielle Einwände kamen auch von österreichischer Seite selbst. Wien würde es zwar prinzipiell begrüßen, eine wichtige Körperschaft der Vereinten Nationen zu beherbergen, die Stadt könne es sich aber nicht leisten, die Kosten für die Erstellung der Verwaltungsgebäude und notwendigen Wohnungen zu tragen.

Das Angebot aus Rom, wo sich bereits der Sitz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) befindet, wurde nicht mehr näher durchgesprochen. Denn es hat nunmehr den Anschein, als ob sich eine Kompromisslösung durch die Zweiteilung des Sekretariats der Welthandelsorganisation finden liesse. Die juristische und finanzielle Abteilung kämen in den Glaspalast von Manhattan - der Koordination mit den betreffenden UNO-Abteilungen wegen -, und das wirtschaftspolitische Gros nach Genf. Es ist anzunehmen, dass das inzwischen aufgestellte Direktionskomitee der neuen Organisation unter Dr. Raúl Prebisch und der 55 Mitglieder umfassende Rat an ihrer ersten offiziellen Sitzung im April in New York die Entscheidung verkünden werden.

Bevölkerung von Genf nicht begeistert

Eine noch offene Frage ist das voraussichtliche Verhalten der Genfer Regierung, die einem starken Unwillen der Bevölkerung gegenüber einer Ausweitung der UNO-Tätigkeit an der Ufer des Léman Rechnung tragen muss. Nicht ganz zu Unrecht wird der Zustrom internationaler Beamter aus allen Erdteilen von breiten Kreisen der Einwohnerschaft als die Ursache der Wohnungsknappheit und der steigenden Preise angesehen. Vor einigen Wochen hat ein eifriges "Aktionskomitee" sogar eine Volksabstimmung gegen die geplante Erweiterung des Internationalen Arbeitsamtes in die Wege geleitet.

+ + +